

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haefenstein & Vogler, G. S. Daube,
Invalideubank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Mies. Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Reform der Ehrengerichte.

Der Kaiser hat am Neujahrstage eine Allerhöchste Kabinettsordre vollzogen und allen Generalkommandos zugehen lassen, die das ehrengerichtlichste Verfahren neuregelt und bezeichnet, den Zweikämpfen der Offiziere mehr als bisher vorzugeben. Durch diese Kabinettsordre wird das Versprechen eingelöst, das der Reichstangler am 17. November vorigen Jahres im deutschen Reichstage abgegeben hatte, als er dort bei der Berathung der Interpellation über den Fall Willmüß erklärte, daß auch auf dem Gebiete des Quellensiegens den Vorschritten der Gesetze in allen Kreisen der Bevölkerung ohne Unterschied des Standes und Berufs Achtung und Befolgung gesichert werden müßten. Damals war eine Kommission aus sachverständigen Offizieren auf des Kaisers Befehl berufen worden, um den Entwurf des neuen Verfahrens zu begutachten. Diese Kommission hat inzwischen ihre Aufgabe erfüllt, und das Ergebnis liegt jetzt in der neuen Kabinettsordre vor.

Die „Königliche Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweifampfes heisst es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schwädigung der Ständesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines andern anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er kitterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleiche die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Ständesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb Mein Wille, daß der Ehrenrath hinfort grundsätzlich bei dem Austrage von Ehrenbändeln mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gemessenhaftesten Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Um hierzu den Weg vorzuzeichnen, bestimmt der Kaiser in Ergänzung der Einführungsordre zu der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere vom 2. Mai 1874, daß, wenn zwischen Offizieren Privatfeindseligkeiten und Beleidigungen vorkommen, die nicht alsbald auf gutlichem Wege standesgemäß beglichen werden, die Theilseitigen verpflichtet sind, unter Unterlassung aller weiteren Schritte, ihrem Ehrenrathe sofort Anzeige zu machen. Der Ehrenrath hat dann unter Leitung des Kommandeurs den Sachverhalt ungefähr durch mündliche oder schriftliche Verhandlungen aufzuklären und nach dem Ergebnisse der Ermittlungen sowie nach Anhörung der Theilseitigen schriftlich entweder einen Ausgleichsvorschlag aufzustellen, oder zu erklären, daß er sich nach Lage der Sache außer Stande sehe, einen Ausgleich vorzuschlagen, daß vielmehr ein ehrengerichtliches Verfahren notwendig sei, oder aber festzustellen, daß die Ehre der Theilseitigen für nicht berührt zu erachten und deshalb weder ein Grund zur Aufstellung eines Ausgleichsvorschlages noch auch zu einem ehrengerichtlichen Verfahren vorhanden sei. Der Beschluß des Ehrenraths muß durch den Kommandeur bestätigt werden. Bei den Ehrengerichten von Landwehrbezirken, deren Kommandeur nicht den Rang eines Regiments-Kommandeurs hat, erfolgt die Bestätigung durch den Brigade-Kommandeur. Die Theilseitigen können gegen den Ausgleichsvorschlag oder gegen die Erklärung, daß ihre Ehre für nicht berührt zu erachten sei, beim Kommandeur Berufung einlegen. Die Vorgesetzten haben sich dazu gutachtlich zu äußern und die Entscheidung des Kaisers einzuholen. Ueber diejenigen Offiziere, welche gegen die genannten Bestimmungen verstoßen, ist dem Kaiser Bericht zu erstatten. Ist einer der Theilseitigen ein General, so bleibt die Bestimmung des Kommandeurs und der Mitglieder des Ehrenraths der Entscheidung des Kaisers vorbehalten. Ist einer der Theilseitigen ein Stabsoffizier, so ist der Ehrenrath des Ehrengerichts der Stabsoffiziere zuständig. Gerath ein Offizier mit einem dem Ehrengerichten nicht unterworfenen Offizier oder mit einer Privatperson in einen Ehrenhandel, so ist er — sofern nicht alsbald auf gutlichem Wege ein standesgemäßer Ausgleich stattfindet — gleichfalls zur umgebenen Anzeige an den Ehrenrath verpflichtet. Letzterer hat auch hier, soweit es die Umstände gestatten, unter Leitung des Kommandeurs auf einen Ausgleich hinzuwirken. Daß der Kaiser als oberster Hüter des Rechts und der Ehre die Zweifelsfälle mehr als bisher einzuschränken sucht, ist aufs wärmste anzuerkennen, und wir zweifeln nicht, daß die Kabinettsordre ihren Zweck erfüllen wird.

Ueber die kaiserliche Ordre liegen bereits eine Anzahl von Pressstimmen vor. Die „Germania“ hält dieselbe noch nicht für ersprießlich und verlangt ein directes Verbot des Duells, sie schreibt: „In wie weit die Kadetsordr e eingeschränkt wirken wird, dürfte wesentlich von der „Ehrendisziplin“ abhängen, mit welcher dieselbe gehandhabt wird. Man darf annehmen, daß in nächster Zeit unter dem Einbrude der jüngsten argen Duellscandale alles aufgeboten werden wird, um an der Hand der Ordre neue Quelle in Offizierskreisen zu verbinden. Ob dieselbe auf die Dauer sich als wirksam erweisen wird, bleibt abzuwarten. Die mit der Kadetsordr e von 1874 gemachten Erfahrungen sind durchaus nicht geeignet, in dieser Beziehung eine optimistische Auffassung aufkommen zu lassen. Geht die neue Kadetsordr e lange nicht so weit, wie wir es wünschen, nämlich bis zu einem grundsätzlichen Verbot des Duells für Offiziere, so betrüben wir dieselbe doch als ersten eirentlichen Schritt, dem Duellkunst in der Heere engere Schranken zu ziehen.“

Das „Berl. Tagebl.“ schließt einen längeren Artikel: „Das Meisnait ist: Fürst Hohenzollern hat sein dem Reichstag gegebenes Wort eingelöst. Und darum sei ihm Dank. Es war ein schweres Werk, das er vollbracht, und ein Anderer als ein deutscher Fürst hätte es kaum unternehmen dürfen. Das Werk ist zwar kaum Arbeit geblieben. Aber doch ist der moralische Erfolg ein großer. Es ist endlich Breisje gelegt in die letzte Fesselung, in die sich das Mittelalter vor der Neuzeit kämpfend Schritt um Schritt zurückgezogen hat. Wann wird der letzte Stein gefallen sein?“

Die „Deutsche Tagesztg.“ sagt: „Sicher ist, daß diese wohlervogenen und ernstern Bestimmungen ihre volle Wirksamkeit nur entfalten können, wenn sie in dem Geiste gehandhabt werden, den die Verfassung athmet.“

„Nemlich äußert sich der Reichsh.:“ „Es ist dankbar anzuerkennen, daß der Kaiser diese Orde errichten hat, um dem Ueblustande soviel als möglich zu steuern. Ganz wird er sich ja so wenig wie andere Vergehen androhten lassen, allein was erreicht werden kann und erreicht werden muß, ist, daß das Uebl erstifft wie jedes andere durch das Gesetz verbotene und strafbare Vergehen behandelt und in keiner Weise begünstigt wird. Das ist nun auch in diesem neuen kaiserlichen Erfaß geschehen, es soll ein gültiger Ausgleich erstrebt werden. Allein dieser Ausgleich ist etwas unbestimmend gehalten; es giebt doch Fälle, wo die Veleidigung eine so schwere ist, daß das, was man Ausgleich nennt, nicht genügt, sondern daß die Veleidigung mit einer entsprechenden Strafe geahndet und dadurch dem Veleidigten eine Genugthuung gewährt wird.“

„Städte“ „Volk“ glaubt, daß es keinen Zweifel unterliegen kann, daß durch den vorliegenden Erfolg der Zweikampf im Heere auf ein Minimum eingeschränkt, zu seinem gänzlichen Aufhören ein bedeutender Schritt gemacht wird. Das wird auch nicht ohne Rückwirkung auf die bürgerlichen Duellverfechter bleiben, zumal da nach der Auslassung des Reichstanzlers in der Sitzung des Reichstages am 17. November auch auf dem Gebiete des bürgerlichen Strafrechts „die Vorbereitungen für eine wirksame Bekämpfung des Duells unansgesetzt gefördert worden sind“.

Die Münchener „Allg. Ztg.“ meldet, daß ein im Wortlaut dem kaiserlichen gleiches Erlaß des Prinzregenten vom 1. Januar 1897 die neuen Bestimmungen über die militärischen Ehrenräthe auch für die bayerische Armee vom gleichen Zeitpunkt an in Kraft setzt.

Aus dem Reiche.

Prinz Georg Radziwiłł, welcher kürzlich das russische Bürgerrecht erworben hat, hat nunmehr den Titel „Fürst zu Mieswiez“ erhalten. — Zum **Umbau der Kriegsschule in Potsdam** wurden im vorjährigen Reichstag bereits Mittel gefordert. Auf dem Brauhausberg bei Potsdam unweit des von König Friedrich Wilhelm I. erbauten Belvedere, hat man jetzt ein umfangreiches Gelände im Walde abgetheilt, wo die neue Kriegsschule mit Kaserne und Reitbahn errichtet werden soll. Wie nach der „Potsd. Corr.“ bekannt, soll es dem Wunsch des Kaisers entsprechen, daß die Höhe des Brauhausberges in einem schloßartigen Gebäude getront werde. Ziemlich weit von der neuen Kriegsschule, die bedeuten mehr Kriegsschüler, wie die bisherige aufnehmen soll, muß das sehr hügelige Land geebnet und auch eine bequemere Zufahrtsstraße geschaffen werden. Unweit der Baustelle liegt das altpreussischste, das meteorologische und geodätische Institut der Berliner Universität, gemeinhin unter dem Namen Sonnenwarte bekannt. — Der **Handwerkerbörse** hat in den jüngsten Tagen in einigen Blättern den Gegenstand von Theilnehmungen gebietet, die wesentlich auf Kombination zu beruhen schienen. Die Angelegenheit steht dem Vernehmen nach im Wesentlichen schon vor einigen Wochen, als darüber von uns berichtet wurde: Preußen und Sachsen sind in Auschuß für Zwangsannehmungen, Württemberg und Baden für Freiheit, Baiern für die Entscheidung durch die Mehrheit der Genossen des einzelnen Handwerks in den betreffenden Bezirken. Eine Verklärung gilt in diesem Augenblick nicht eben für besonders aussichtsreich. In den jüngsten Tagen erst ist der Gegenstand in der Commission des Bundesrats-Auschußes verhandelt worden. — Ueber die geistliche Rache

Reform des Militärstrafprozesses

neuerdings theilweise irrthümliche Angaben verbreitet worden. Darnach sollte die Vorlage bereits morgen in das Plenum des Bundesrathes gelangen und ihre rasche Erledigung dort sich sein. Thatsächlich dürften demnach erst die zehnstündigen drei Aussprüche der Militär-, der Marine- und der Justizankommission, ihre Beratungen beginnen, worauf mit thunlichster Schnelligkeit die Angelegenheit betrieben und die Vorlage vielleicht um das Ende des Januars an Reichstag gebracht werden würde. Die Instruktionen der einzelnen Regierungen für ihre vollmächtigen dürften jetzt eingetroffen oder den allernächsten Tagen zu erwarten sein. Die Protokolle der in das Jahr 1896 fallenden Hauptversammlungen der deutschen Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen sind ausgegeben worden. Darnach haben sich die Stationen seit dem Jahre 1890 von 1957 auf 1287 vermindert. Die Hauptaufgabe daran wird dem Fall des Köllerschen Geleichenwurfs im Staatsaufschusse zu der Unterhaltung der Verpflegungsstationen und der „groben Unkenntnis der Parlamentarier mit dem Leben zugehoben werden wir glauben jedoch, daß die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande eine Hauptursache der Verminderung der Stationen ist, und können deshalb nicht umhin, ein günstiges Zeichen in ihr zu erblicken. — Eine Aufgabe von großer Tragweite, die Verstellung zweckmäßiger mit etwas Gartenland ausgefatteter Wohnhäuser, die von Arbeitern als Eigenthum erworben werden können, ist ihrer Lösung ein guten Schritt näher gerückt, seit einzelne Inhabler und Altersverpflichtungsanstalten sich entschlossen haben, zu diesem Zwecke an Kommunalverbände und Körperschaften Darlehen zu billigen Zinsfuß herzugeben. Was auf diesem Wege erreicht werden kann, zeigt das Vorgehen der Spar- und Bauvereins in Blumenthal bei Weimar. Aus einem vom Landrath des Kreises, Bericht, verfaßten Bericht ersieht wir, daß im Jahre 1894 gegründete Verein, der gegenwärtig 103 Genossen mit 144 Geschäftsanteilen bestehend 500 Mark zählt, in der kurzen Zeit seiner Thätigkeit 96 Häuser erbaut und dazu fertige Häuser angekauft hat, in denen zusammen 824 Seelen ein eigenes und freies Heim beschaffen ist. — Die amtliche „Strobb. 2. Vorz.“ meldet zu der angeblichen Ausweisung der drei Söhne des Fabrikanten Paul von Schumberger: „Die von französischen Wätern gebrachte und auch deutsche Zeitungen übergenommene Nachricht

Der Ausweisung der drei Söhne des Fabrikanten Paul Schlumberger in Gebweiler beruht auf einer großen Entstellung der Thatfachen. Die drei jetzt in Paris wohnenden jungen Leute, welche in den Jahren 1894, 1895 und 1896 unmitttelbar vor dem Eintritt in das wehrpflichtige Alter ihre Entlassung aus der Weichsangehörigkeit genommen haben, bedürfen nach der Verordnung vom 21. September 1891 nicht die Beschränkung des Paßzwanges als Emigranten eines offiziellen Passes oder einer besonderen Erlaubnis, wenn sie Aufenthalt in Elsaß-Lothringen nehmen wollen. Als der Kreisdirektor aus einem ihm am 28. Dezember zugegangenen Auszug des ortspolizeilichen Melde-registers entnahm, daß die beiden älteren Söhne (ein dritter war überhaupt nicht angegeben) am 24. Dezember ohne Aufenthaltserlaubnis in Gebweiler eingetroffen seien, machte er in einem Schreiben vom gleichen Tage dem Vater darauf aufmerksam, daß seine Söhne, falls sie nicht im Besitze eines offiziellen Passes seien, das Land zu verlassen hätten. Er erhielt darauf die Mittheilung, daß der zweite Sohn ab-

gerichtet sei, er ältere jedoch in Folge einer Erkrankung an akuter Bronchitis schonungslos in Gebeulern verbleiben müsse, was der Kreisdirector auch nicht weiter bestrankte. Eine Ausweisung ist gegen keinen der Söhne verhängt worden. Wenn Herr Conrad de Witt in Paris wie ihm der „Matin“ in den Mund legt, behauptet hat, daß seine Entlassensöhne mit ordnungsmäßigen Rassen versehen gewesen seien, so hat ihnen der Kreisdirector versichert habe, sie könnten sich ungehindert in Gebeulern aufhalten und dabei vollständig ein Ausweisungsbefehl von Strabrun eingetroffen sei, so ist Alles vollständig aus dem

Zurück gegriffen. Die Strassburger Zentralfellei-
baben von der Anwesenheit der Ehre Herrn
Schlumbergers überhaupt erst durch die Zeitun-
gen und durch den Bericht des Kreisdirektor-
kenntnis erhalten, den jungen Herrn selbst
konnte es nicht unbekannt sein, welche Förmlich-
keiten sie als Emigranten zu erfüllen hätten, um
Aufenthalt im Lande nehmen zu können, denn
sie haben seit ihrer Entlassung aus der Reichs-
angehörigkeit eine Aufenthaltserlaubnis (sogar
wiederholt) erbeten und erhalten. Nach der
vorstehenden Darlegung des Sachverhalts konn-
ten von einer ungerechtfertigten Härte gegen die
Emigranten von Schlumberger oder von der
Statuirung eines Exempels keine Rede sein, es
sind nur, wie es bei jedem andern Emigranten
geschieht, zur Beobachtung der bestehenden Vor-
schriften angehalten worden. Der Kärn, den die
französischen Zeitungen und ihre Gewährsmänner
bei diesem Anlaß über veragatorische Maß-
regeln der deutschen Regierung erhoben
haben, war also durchaus überflüssig.“
In Zuboth hat gestern eine Bürgerversammlung
stattgefunden, in welcher gegen das im Emi-
granten-Gesetz vorgesehene **Städte- und Landgemeindevotum**
für die Provinz Hessen-Nassau vorge-
sehene **Drei-Klassen-Wahlssystem** einschlägige
Stellung genommen wurde. Nachdem Abg.
Kirch über die wesentlichen Bestimmungen des
Gesetzeswurde und die nachtheiligen Folgen des
Drei-Klassen-Wahlsystems gesprochen — in Fritz-
lar würden beispielsweise der Staatsfiskus und zwei
Aktiengesellschaften das eine Drittel Wähler der
1. Klasse zu wählen haben, in Kassel sogar nur
1 oder 2 Personen — wurde einstimmig eine
Erklärung abgegeben und unterzeichnet, welche
am beide Häuser des Landtages verhandelt werden
soll und worin erwidert wird, dem Drei-Klassen-
Wahlssystem die Zustimmung zu verlagern.
Herr **Professor Hans Delbrück** forderte
weiter, „Preussische Jahrbücher“ die Regierung
auf, das Unternehmertum nicht mehr zu unter-
stützen, den Arbeitern volle Vereinsfreiheit zu ge-
währen, der Magnate des Herrn v. Stumm zu
trogen und die Vortheile, die die Sozialdemo-
kraten davon haben würden, ruhig in den Kar-
ten zu nehmen; denn „**Bildung und Wissenschaft**“
händen auf Seite der Arbeiter, nicht auf der der
Unternehmer. Dazu bemerken die „**Hamburg-
Nachr.**“ nicht mit Unrecht: Wir nehmen an, daß
die Sozialdemokraten Herrn Delbrück nunmehr
als einen der Ihrigen betrachten werden. Wir
unsererseits halten den Versuch des „**Genossen**“
Delbrück, Bildung und Wissenschaft gegen die
produktiven Stände, gegen das Unternehmertum
in Industrie, Landwirtschaft und Handel aufzu-
heben, für ebenso frivol wie ansichtslos. Wir
denken und Wissenschaft haben gleiches Inter-
esse wie der Staat selbst daran, sich der von Herrn
Delbrück vorgeschlagenen Sozialisirung der Pro-
fessionen und der damit verbundenen Proletarisirung
der Bevölkerung zu widersetzen. Im Uebrigen
liefert das Auftreten des Herrn Delbrück einen
neuen Beweis, daß der Professorensozialismus
unabwendig zur Sozialdemokratie führt und daß
es im Interesse von Staat und Gesellschaft er-
forderlich ist, der zunehmenden Vergiftung der
akademischen Jugend wie der Gelehrtenkreise
durch die sozialdemokratischen Ideen einig-
maßen doktrinäer Professoren, die vom wirklichen
Leben nichts wissen, in zweckmäßiger Weise zu
abwehren.

Berlin, 6. Januar. Zur Affaire Tausch liegen die folgenden Meldungen vor: In einem früheren Wohnung des Herrn von Litzow hat neuerdings wieder eine Pauschung stattgefunden, bei welcher eine Kiste mit Scripturen und Büchern aufgefunden wurde. Unter den Schriftstücken fanden sich, wie verlautet, auch Briefe des Herrn von Tausch an seinen Agenten von Litzow, aus welchen zur Evidenz hervorgehen soll, daß der Letztere vom Herrn von Tausch auch zur „Insinuation politischer Artikel“ gebraucht worden ist. Wie erinnerlich sein dürfte, hat von Tausch die Frage des Gerichtspräsidenten, ob er jemals politische Artikel inspirirt habe, eifrig geleugnet, und auch später — trotz der dringlichen Drohungen des Staatsanwalts Drescher — unter ausdrücklicher Hinweis auf den geleisteten Zeugniseid bestritten, daß er „niemals“ politische Artikel irgend welcher Art inspirirt habe. Diese Anklage sowohl, wie die Versicherung, daß er Lederts angeblich Verkehr im Auswärtigen Amte Niemand gegenüber als Thatsache hingestellt habe, dürften bei beiden Hauptpunkten im Weineidverfahren gegen Tausch darstellten. Auch im Uebrigen wird der Geschäftsbüch, welches Herr von Litzow im Prozeß Ledert abgelegt, durch zahlreiche bei jener Pauschung gefundenen Aufzeichnungen unterstützt. Was den Verdacht der Majestätsbeleidigung an betrifft, so haben die bisherigen Ermittlungen wenig auch eine Voruntersuchung dierheißt noch

nicht eröffnet worden und einer der Hauptzeugen, nämlich der „vielgenannte“ Normann-Schumann, ohne Hinterlassung seiner Adresse abgereist ist, doch so starkes Belästigungsmaterial ergeben, daß die Anklage auch wegen dieser Straftat erhoben werden dürfte. Inzwischen nehmen die Zeugen Vernehmungen ihren Fortgang, zumal sich finden bei Tauch vorgefundenen Schriftstücken Briefe von Persönlichkeiten befinden, von denen man annehmen darf, daß sie über den vielseitigen Kriminal-Kommunisten irgend etwas wissen. Nach alledem ist der Schluß der Voruntersuchung kaum vor Ende dieses Monats zu erwarten, so daß die Meldung, der Prozeß Tauch, gelange schon in den ersten Tagen des Februar vor die Geschworenen, etwas verfrüht erscheint. Nicht zu erwähnen soll dabei die Thatsache sein, daß zugleich auch im Ministerium des Innern Ermittlungen im Gange sind, welche indirekt mit dem Prozesse Tauch in Verbindung gebracht werden. Man erzählt sich darüber, daß vor mehreren Jahren im genannten Ministerium anonym Briefe eingelaufen sind, welchen man damals kein besonderes Gewicht beilegte, die aber jetzt im Lichte der Affaire Tauch betrachtet, eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben, da man nunmehr die Spur des Urhebers gefunden zu haben glaube. Aus dem Eifer, mit dem der Minister des Innern sich der Sache annahm, sei nochmal zu ersehen, daß das Verbrechen der letztere sei mit dem Vorgehen des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall nicht einverstanden gewesen, den Thatsachen durchaus nicht entspreche.

— Die Rede des Richters Jorisson in Pretoria an den Präsidenten Krüger beim Neujahrsempfange hat in England wie ein Dynamitbombe eingeschlagen. Sogar der Stand. betrachte sie als eine Herausforderung Englands, das doch der Sügerän Transvaals sei. Es wär. mißlich, sich in abermalige Widerlegungen einzulassen; was wir aber nicht veräumen wollen, ist die Wiedergabe der Rede Jorissons, die bis nur in Bruchstücken drählich gemeldet wurde. Er sagte zu Krüger: „Wir würden uns strafbarer Vernachlässigung schuldig machen, wenn wir Thuen als Staatsoberhaupt nicht erklären wollten, daß traurige Befürchtungen uns wegen der Zukunft erfüllen. Wir müssen so laut uns so vernehmlich wie möglich erklären, daß wir seine Worte finden können, die unsere Empfindungen wegen der Haltung, welche die Kapkolonie in den letzten Tagen angenommen hat, zu Ausdruck bringen könnten. Der Hauptverbrecher in jenem verächtlichen Angriff auf unser Land war ohne Zweifel Cecil Rhodes. Vor wenigen Monaten war eine Kommission der Kapkolonie zu dem Wahrspruch gezwungen: „daß die Rolle die Cecil Rhodes bei der Organisation des Eingfalls des Dr. Jameson übernahm, nicht im Einklang mit seinen Pflichten als Premierminister der Kapkolonie stand.“ So hieß es vor sechs Monaten. Dieser selbe Mann wird jetzt in Triumphzug auf seiner Reise durch die Kolonie gefeiert. Im Osten und Westen, in kleinen und in großen Staaten wird sein Ruhm als Held des Tages und als Held der Zukunft, von dessen Niederfall aus Südafrika die Leute alles erwartet verkindet. Das ist eine Beleidigung gegen die Herr Präsident, gegen uns, gegen die ganze Republik. Wir fragen uns selber: Wie haben wir eine solche Behandlung seitens der Kapkolonie verdient? Der Mann, der unser Land vergaß, der wie ein Straßenräuber nächtlich auf uns überfiel, der Mann, der in nächster Zeit vor einem Tribunal seiner eigenen Landleute vernommen werden soll, wird von einer Lande gefeiert, welches sagt, daß es großes Verth auf unsere Freundschaft legt. Wir befürchten, daß viel Unheil aus dieser Handlung der Unwissenheit entstehen wird. Wir hoffen Schwärzen, daß wir die jetzige Lage zu düstern anschauen, unter allen Umständen aber verlassen wir uns auf Sie.“ Präsident Krüger war tief bewegt, erwiderte aber kein Wort. Wahrscheinlich er zu handeln verstehen, wenn die Ausapfungen vor Rhodes fortduern.

— Im Laufe dieses Jahres wird die Entscheidung der deutschen Gewerbstreife, welche sich an der Welt-Ausstellung in Paris theilnehmen wollen, erfolgen müssen. Wenn auch die Pläne für die deutsche Abtheilung spätestens bis zum 15. Februar 1899 an die französische Ausstellungsleitung einzusenden sind, so liegt doch an der Hand, wie auch in dem Rundschreiben des Reichskommissars Dr. Richter an die theilnehmenden Kreise hervorgehoben wird, daß in Rücksicht auf die Platzvertheilung, die Feststellung der Dekorationen und die zahlreichen Vorbereitungen deren frühzeitige Inangriffnahme die festzuziehenden Ausstellungen wieder nahe gelegt haben, ist. Am besten noch vor Ende dieses Jahres die Anmeldebestätigung erfolgen muß. Die „Nat.-Lib. Korrespondenz“ macht hierzu folgende Mittheilungen:

Die Gruppen der Optik, Mechanik und Textil-Industrie haben bereits Vorgesprechungen gehalten, in den nächsten Wochen wird die kunstgewerbliche Gruppe zusammentreten. Späterhin im Februar gedenken die drei ersten Gruppen besondere Komitees zu bilden. Die Vertreter der Eisenindustrie sind ebenfalls kurz vor Ende des Jahres in Berlin zusammentreten, haben aber damals einen bestimmten Beschluß noch nicht gefaßt. Die Vorbereitungen sind diesmal besonders schwierig, weil die Ausstellung in ungefähr 20 bis 22 Gruppen gegliedert ist und jeder Gruppe alle Notionen, welche in den bezüglichen Gewerben ausstellen wollen, im Wettbewerb vertreten sein sollen. Der deutsche Kommissar war der erste, der im Juni v. J. die Plaannotizen der französischen Ausstellungsbehörde unterbreitet hat. Die Art der Gruppenvertheilung macht es nun im Interesse der deutschen Exports und der in den letzten Jahren in der Konkurrenz mit England zu besonderem Ansehen gelangten Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie notwendig, daß die Absicht, auf der Pariser Ausstellung das Beste anzustellen, und das willige Entgegenkommen, welches die Leistungen der Reichsbehörde bisher gefunden haben, so bald als möglich sich in bestimmten Einflüssen der weiteren gewerblichen Gruppen äußern. Insbesondere auch von dem Gesichtspunkte aus, daß innerhalb der betheiligten Gewerkskreise, eben in Rücksicht auf die Notwendigkeit, ein abgerundetes Bild der Leistungsfähigkeit des betreffenden Gewerbes zu geben, eingehende Erörterung darüber notwendig ist, in welcher Weise aus den besten und charakteristischsten Grenzgenüssen jede Abtheilung zusammengestellt werden soll. In Frankreich ist bereits eine zu

mit zwei Tausen in Thätigkeit getreten, um die Leistungsfähigkeit des französischen Gewerbes in möglichst prägnanter Form erscheinen zu lassen; deuthcheits wird aus industriellen Kreisen ein ähnliches Verfahren empfohlen. Nach den Bestimmungen der französischen Ausstellungsleitung ist die Vertretung der Betheiligung der einzelnen Nationen ausschließlich in die Hand der dazu seitens der Regierungen bestimmten Kommissare gelegt; an diese ausschließlich werden alle Aussteller verwiesen. Der deutsche Vertreter Geh. Rath Richter hat bereits die Erfahrungen der Chicagoer Weltausstellung für sich. Allgemein ist die Ueberzeugung, daß die Vertretung auf der Pariser Ausstellung in საქსუნგენ Hand liegt, und gern geben wir somit dem gewerblichen Kreisen sich regen Wunsch Ausdruck, die schwierige Thätigkeit des Reichskommissariats durch ein weiteres, reges Entgegenkommen zu erleichtern.

Köln, 6. Januar. Der „Köln. Zig.“ wird aus Sofia der Wortlaut eines bisher nicht veröffentlichten Briefes mitgeteilt, welchen Stambulow am 23. Juni a. St., also 10 Tage nach seiner Ermordung, an den Fürsten Ferdinand nach Karlsbad gerichtet und in welchem er den Fürsten gebeten hat, dafür einzutreten, daß ihm der gewünschte Auslandspaß erteilt werde. In dem Briefe giebt Stambulow eine Darstellung der Verhältnisse und der Lage, in welcher er sich nach seinem Rücktritt in Sofia befinde und schließt folgendermaßen: „Ich würde mich nicht entschließen, Euer königliche Hoheit mit meinen Beschwerden zu belästigen, wenn ich von anderer Seite Genugthuung erhalten könnte. Da ich in dessen von Ihren Ministern verfolgt werde, so wende ich mich um Schutz und Gerechtigkeit an Ihren Führer und höchsten Vorgesetzten.“ Der „Kölnische Zeitung“ bemerkt hierzu, auf diesen Brief habe Stambulow keine Antwort erhalten.

Oesterreich: Ungarn.

Aus Wiener Hofkreisen erhält das „Neue Wiener Journal“ die Nachricht von einer demnächst erscheinenden Kabinetsordre, wonach die Kronprinzessin-Wittve Stephanie formell mit der repräsentativen Stellvertretung der Kaiserin betraut wird. Bisher wurde die Erzherzogin Josephe Gemahlin des Erzherzogs Otto, dafür genannt.

Italien.

Nom. 2. Januar. Am Freitag Abends war im Hafen vom Neapel der Dampfer „Adriatico“ Anker, der die erste Gruppe der befreiten Kriegsgefangenen, 215 Mann, an Bord hatte. Trotzdem die Stunde der Ankunft noch heimlich worden war, hatten sich doch zahlreiche Angehörige der heimkehrenden Soldaten, wiewohl schon die Nächte vorher, auf dem Hafenufer versammelt. Der „Adriatico“ traf um 9 Uhr ein, die Ausschiffung der befreiten Gefangenen begann aber erst um Mitternacht. In der Zwischenzeit tauchten die Heimkehrenden und ihre Verwandten vom Schiffe zum Ufer um und umgekehrt ihre Grüße aus, wodurch natürlich der ganze Stadtheil am Hafen Zeuge dieser Zärtlichkeit wurde. Hier rief eine Mutter: „Pasqualino, Herz Deiner Mamma, antwort mir!“ Und vom Schiffe schallte es zurück: „Mamma, Mamma, wo bist Du?“ — „Ich bin hier, seit drei Nächten schon siehe ich hier und warte auf Dich.“ Ein anderer Soldat rief vom Schiffe herüber: „St meine Frau Theresia nicht da?“ — „Seit acht Tagen ist sie hier Nacht gekommen“, antwortete man ihm, und heute Abend war sie da, aber als das Schiff in den Hafen einlief, fiel sie in Ohnmacht, und ich habe sie in die nächste Apotheke schaffen müssen.“ Ein Herr aus Rom rief nach dem Schiffe hin: „Gnasepe, mein Sohn, zünde doch ein Paar Streichhölzer an und halte sie Dir vor das Gesicht, vielleicht daß ich Dich so sehen kann.“ Im Nu wurden auf dem Dampfer Feuerbündel und mehr Streichhölzer angezündet, und das Gesicht eines hübschen jungen Soldaten blickte leuchtend. „O, wie bin ich glücklich, wie bin ich glücklich!“ rief der Vater zurück, „ich hatte nicht mehr geglaubt, daß ich Dich je wiedersehen würde!“ Vergleichen Szenen spielten sich unzählige ab. Bevor die Ausschiffung begann, wurde die Volksmenge, die inzwischen sehr zahlreich geworden war, von der Polizei zurückgedrängt. Für die heimkehrenden Soldaten standen große Ambulanzwagen des Militärlazareths bereit, in denen man sie nach einem nahegelegenen Kaserne verbrachte. Auf der Wege dorthin konnten die Heimkehrenden den ersten Händedruck mit ihren Angehörigen antauschen. Heute früh haben sie ihren rückständigen Sold erhalten und die Verwundeten unter ihnen, d. h. fast alle, außerdem noch hundert ihre Schmerzensgeld. Morgen gehen sie

Urland. Die Zeitungen sind heute mit Erzählungen über die Grlebnisse der Gefangenen angefüllt. Viel Neues erfährt man aus denselben, abgesehen von den haarsträubenden Selbsten thaten, die jeder einzelne der Gefangenen während und nach der Schlacht bei Adowa gebracht hat. Wenn die übrigen Kriegsgefangenen im Durchfuhren, als so viel Absessiner unterbracht haben, als jeder der gestrigen Heimgekehrten, dann bliebe es ein Räthsel, woher der Regus noch Soldaten nähme. Ueber ihre Behandlung durch die Absessiner sind die Befreiten allezeit des Lobes voll, und nicht minder begabig, sie zeigen sich sich von der Bildung und dem Grobmuths Menekits und dessen Gemahlin Tai. In Adie-Meneba vertrieben sich die Gefangenen die Zeit mit Theaterspielen. Wer durchaus arbeiten wollte, den hinderte der Regus nicht daran, bezahlte ihn aber glänzend. Mit einem Worte, dieses Absessinien scheint für die italienischen Kriegsgefangenen das reine Scharaschaland gewesen zu sein. Wenn die Absessiner im Kriege mehr Spaß verstanden, aber da sie, wie die befreiten Gefangenen einmüthig

General Barateri, der Besiegte von Adis-
ist, wie man weiß, aus dem attiven Dienst
ausgeschieden. Seine Pension wurde gestrich-
von Rechnungshofe aus jährlich 7136 Lire be-
gelegt. Das Merkwürdige an der begüßlich-
Bekanntgabe liegt darin, daß General Barateri
in ihr Barateri genannt wird. Das ist all-
dings der eigentliche Patername des Generals
der, wie bekannt, aus Sididopol stammt und
nach diesem Namen zu schließen, nicht e-
thiopischer Herkunft ist. Aber während sich
Triumphe des Generals erinnerte sich

